



DANIEL BINSWANGER

Parasitäre Steuerpolitik

Mit der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III steht ein Grundsatzentscheid an. Es ist richtig, dass die SP das Referendum ergriffen hat. Die letzte Reform der Unternehmenssteuern war ein demokratiepolitisches Debakel. Sie führte zu Steuerausfällen, die bereits heute mehrere Milliarden höher liegen, als es von der Landesregierung prognostiziert wurde. Auch wer die Senkung der Unternehmenssteuern als richtig betrachtet, muss es als bedenklich empfinden, dass ein so wichtiger Entscheid auf der Basis von Fehlinformationen zustande kam. Die jetzige Reform ist ebenfalls mit grossen Unwägbarkeiten belastet. Das Mindeste, was man erwarten darf, ist eine faire, intensive Diskussion.

Am erstaunlichsten erscheint dabei nicht, worüber man sich streitet, sondern das, worüber sich alle einig sind. Die Schweiz muss die Steuerprivilegien von Holdings und anderen Statusgesellschaften abschaffen, weil die Ungleichbehandlung von inländischen und ausländischen Firmen, die mit einem fiskalischen Sonderstatus ins Land gelockt werden, international nicht mehr akzeptiert wird. Mit der Unternehmenssteuerreform III sollen einerseits diese Privilegien abgeschafft werden, andererseits will man aber mit Kompensationsmassnahmen dafür sorgen, dass die Schweiz weiterhin ein Tiefsteuer-Paradies bleibt. Auch die Linksparteien sind im Prinzip für diese Standortstrategie.

Pragmatisch betrachtet, ist das verständlich. Die Schweiz ist sehr erfolgreich als internationale Drehscheibe für Steueroptimierung. Über die letzten zwanzig Jahre sind die Unternehmenssteuer-Einnahmen mehr als doppelt so schnell gewachsen wie das Bruttoinlandprodukt, und das trotz starker Senkung der Steuersätze. Diese Einnahmen beruhen darauf, dass es gelungen ist, sehr viele Konzerne dazu zu bringen, ihre Gewinne in der Schweiz zu versteuern – Gewinne, die nicht in der Schweiz erwirtschaftet wurden. Das Wachstum der Gewinnsteuern konnte sich nur deshalb vom Wachstum der Wirtschaft entkoppeln, weil Steuersubstrat aus anderen Ländern abgesogen wurde. Die Schweizer Fiskalstrategie ist parasitär.

Daran sollten nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Wirtschaftsliberale Anstoss nehmen. Eigentlich können nur fundamentalistische Antietatisten, die der Überzeugung sind, dass Steuervermeidung aus Prinzip und in jeder nur erdenklichen Form zu bejahen ist, gutheissen, dass der Staat systematisch Ressourcen anzapft, die die Wirtschaft gar nie generiert hat. Dennoch herrscht in der Schweiz parteienübergreifender Konsens, dass von diesem Geschäftsmodell nicht zu lassen ist. Wir leben einfach zu gut damit.

Gestritten wird also nicht darüber, ob man die Holding-Gesellschaften im Land halten soll, sondern darüber, wie hoch die Steuerausfälle sein dürfen, die durch die Reform entstehen. Ursprünglich war eine einnahmenneutrale Vorlage geplant, aber das war vor dem rechtsbürgerlichen Wahlsieg vor einem Jahr. Jetzt rechnet der Bund mit Ausfällen von jährlich 2,3 Milliarden Franken. Ob es am Ende nicht deutlich mehr wird, ist eine offene Frage.

Es erstaunt, dass man so starke Einbussen hinnehmen will. Zum einen ist der Spardruck sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene schon heute sehr hoch. Zum anderen ist die Gesamtsteuerquote der Schweiz bereits extrem niedrig. Will man wirklich bei der Krippenfinanzierung sparen und die Bildungsausgaben senken, nur um die Dividendenteilbesteuerung extra grosszügig gestalten zu können? Offensichtlich

ist genau das im Sinn der bürgerlichen Befürworter der Vorlage.

Zur Rechtfertigung der Reform werden vor allem die «dynamischen» Effekte betont. Neue Instrumente wie die Zinsbereinigung und Patentboxen sollen dazu führen, dass ausländische Finanzierungsunternehmen nicht nur nicht abwandern, sondern weiterhin in immer grösserer Zahl in die Schweiz kommen. Das mag eintreffen – oder auch nicht. Die internationale Toleranz für parasitäre Steuerkonkurrenz schwinde generell. Bereits heute scheint zum Beispiel absehbar, dass die Zinsbereinigung unter Druck kommt. Es könnte auch nicht überraschen, wenn die Trump-Administration eine bisher nicht gekannte Aggressivität im Umgang mit Ländern an den Tag legen würde, die US-Firmen Steueroptimierung durch die Hintertür ermöglichen.

Das Referendum ist sinnvoll. Gut möglich aber, dass uns die wahre Debatte um das Schweizer Fiskalmodell erst noch bevorsteht.